

# Antrag

**Initiator\*innen:** Jusos Thüringen

**Titel:** Humanität und Solidarität statt Abschottung!

## Antragstext

1 Als im Jahr 2022 als Folge des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine über  
2 sechs Millionen Geflüchtete in die Europäische Union kamen und hier Schutz  
3 fanden, zeigte sich ein lange verschollenes Gesicht der europäischen  
4 Asylpolitik: Nicht Abschottung, Inhumanität und Uneinigkeit zwischen den  
5 Mitgliedstaaten prägten das politische Handeln, sondern eine große  
6 internationale Solidarität.

7 Mehr als zweieinhalb Jahre nach Beginn des russischen Angriffskrieges und der  
8 Fluchtbewegungen der Ukrainer:innen spielt das Thema Migration noch immer eine  
9 große Rolle, doch der Ton hat sich verschärft.

10 Dieser Paradigmenwechsel ist insbesondere in Anbetracht der noch vor zwei Jahren  
11 praktizierten solidarischen und humaneren Asylpolitik nur schwer zu ertragen.  
12 Deswegen ist es höchste Zeit, als Sozialdemokrat:innen grundsätzliche Haltung für  
13 eine menschenwürdige Asylpolitik zu zeigen und sich gegen die teilweise  
14 menschenfeindliche, rassistische und von der Realität losgelöste  
15 Migrationsdebatte zu stellen:

- 16 • Die SPD Thüringen lehnt die zugespitzte Rhetorik in der aktuellen  
17 Migrationsdebatte ab und verurteilt die Übernahme und Annäherung an  
18 rechtsextreme Narrative. Populismus und menschenfeindliche Aussagen können  
19 niemals unsere Antwort auf die Herausforderungen unserer Gesellschaft  
20 sein.
- 21 • Die SPD Thüringen steht zum sozialdemokratischen Grundwert der  
22 internationalen Solidarität. Dieser steht im unvereinbaren Gegensatz zur

23 Abschottungspolitik, die sich aktuell in Grenzkontrollen an deutschen  
24 Binnengrenzen ausdrückt. Die Sozialdemokratie stand und steht für die  
25 europäische Gemeinschaft, für ein Europa der Menschen, nicht der Mauern  
26 und Stacheldrähte.

27 Im Thüringer Superwahljahr 2024 fand ein migrationspolitischer  
28 Überbietungswettbewerb politischer Parteien statt. Statt solidarischer und  
29 konstruktiver Debatten führen wir Diskussionen über mehr und schnellere  
30 Abschiebungen durch gezielte Beschneidung von Freiheitsrechten, die Einstufung  
31 unterdrückerischer Regime als sichere Herkunftsstaaten und die zunehmende  
32 Abschottung Deutschlands und der Europäischen Union durch umfangreiche  
33 Grenzkontrollen:

- 34 • Als SPD Thüringen bekennen wir uns zu dem Ziel der europäischen Asyl- und  
35 Flüchtlingspolitik, ein solidarisches Verteilungssystem aufzubauen.
- 36 • Die SPD Thüringen stellt fest, dass weder das von der Taliban beherrschte  
37 Afghanistan noch das diktatorisch geführte Syrien aufgrund der aktuellen  
38 Menschenrechtslage als sichere Herkunftsstaaten eingestuft werden können.
- 39 • Die SPD Thüringen lehnt Grenzkontrollen an deutschen Binnengrenzen ab und  
40 fordert die Bundesregierung auf, diese schnellstmöglich zu beenden.

41 Weiterhin bekennt sich die SPD Thüringen zu der Verantwortung, ihren  
42 landespolitischen Einfluss in Migrationsfragen für Humanität und Solidarität  
43 geltend zu machen. Besonders bei der Frage, wie die Bezahlkarte für Geflüchtete  
44 ausgestaltet werden sollte, stellt die SPD Thüringen klar:

- 45 • Keine Bargeldebegrenzung! Wie bei einer regulären Girokarte sollte es  
46 möglich sein, das vollständige Guthaben abzuheben. Aufgrund der niedrigen  
47 Regelsätze im Asylbewerberleistungsgesetz sind Geflüchtete besonders stark  
48 auf Bargeldtransaktionen angewiesen, auf Flohmärkten,  
49 Gebrauchtwarenplattformen oder bei Privatverkäufen. Fallen diese  
50 Möglichkeiten weg, wird das zur Verfügung stehende Budget künstlich  
51 geschmälert und die Versorgungssituation verschlechtert.
- 52 • Regional gebundene Bezahlkarten schränken die Bewegungsfreiheit von  
53 Geflüchteten massiv ein. Die örtlichen Beschränkungen kommen einer  
54 finanziellen Residenzpflicht durch die Hintertür gleich.
- 55 • Eine Genehmigungspflicht von Überweisungen und Abonnements lehnen wir ab.  
56 Eine solche Maßnahme erschwert gesellschaftliche Teilhabe, beispielsweise

57            beim Abschluss von Vereinsmitgliedschaften oder Mobilfunkverträgen und  
58            geht darüber hinaus mit einem unverhältnismäßigen Verwaltungsaufwand  
59            einher.

## **Begründung**

erfolgtm mündlich